

Wahlprüfsteine zur Stadtratswahl 2024 – CDU

Wir befinden uns aktuell in einer Phase des globalen Klimawandels dies ist unstrittig und dies führt zu globalen Verwerfungen und Problemen. Wie hoch der tatsächliche Anteil ist, der vom Menschen verursacht und vom Menschen steuerbar ist, kann ich fachlich und sachlich nicht beantworten.

Fakt ist aber aus Sicht der Union auch, wenn man globale Verantwortung einfordert, dann auch für die ganze Bandbreite globaler Probleme. Dies trifft neben dem Klimawandel im engeren Sinne auch der globale Raubbau an Ressourcen, der damit in Verbindung zu bringende spürbare Mangel an Wasser und nicht zuletzt auch die Verantwortung für zum Teil erbärmliche Produktions- und Lebensverhältnisse derer, die zwar für ein ökologisches Wohlfühl der westlichen Welt sorgen aber null am wirtschaftlichen Erfolg teilhaben.

Überall auf der Welt bemächtigen sich Staaten wie China, Indien und Russland der Bodenschätze dieser Welt, betreiben Raubbau, scheren sich in keinsten Weise um die ökologischen Folgen und lassen Zerstörung zurück. Mit den Folgen werden die betreffenden Länder noch Jahrzehnte zu kämpfen haben. Und natürlich tragen die Regierungen vor Ort eine nicht unerhebliche Mitverantwortung an diesem gesamten Prozess – sie greifen das Geld ab, ohne das für Land und Leute etwas getan wird.

Europa und Deutschland haben bereits jetzt – im globalen Vergleich – die höchsten und aufwendigsten Umwelt- und Klimas-Standards der Welt. Dies führt bereits jetzt zu einer erheblichen Benachteiligung des Wirtschaftsstandortes Deutschland – Unternehmen wandern zunehmend ins Ausland ab. Die Diskussion über sog. Klimaneutralität ist mühsam und in Teilen unredlich geführt. Selbst wenn Deutschland an sich klimaneutral werden sollte, die global gehandelten und eingeführten Produkte, die nach Deutschland kommen, sind es nicht. Deutschland ist also nur dann Klimaneutral, wenn die Produkte, die wir nach Deutschland einführen auch klimaneutral hergestellt wurden. Dies wird in absehbarer Zeit nicht der Fall sein.

Der Anteil unserer Stadt am globalen Klimawandel liegt nahezu bei Null – damit entfalten auch sämtliche Maßnahme in Freiberg, mit der Absicht einem Klimawandel entgegenzuwirken keinerlei Wirkung.

Dennoch wollen wir – im Sinne einer Energiestabilität und Energiequellenunabhängigkeit Freibergs - gern über geeignete Maßnahmen diskutieren. Und tatsächlich sind hier die Stadtwerke Freiberg einer der ersten und entscheidenden Ansprechpartner. Gemeinsam mit den Wohnungsgesellschaften ist die Errichtung von PV-Anlagen auf den Dächern der Wohngebäude zu sorgen. In den Flächen außerhalb Freibergs, die aber zum städtischen Eigentum gehören, ist die Errichtung einzelner Windkraftanlagen zu prüfen. Dabei ist der 1000m Siedlungsabstand zu beachten. Die Nutzung von Grubenwässern des Bergbaus zur Erzeugung von Strom ist genau so zu prüfen, wie die Nutzung von tiefer Wärmeenergie im Wärmeaustauschverfahren.

Zu vermeiden sind aus unserer Sicht die Versiegelung großer landwirtschaftlicher Nutzflächen für PV-Anlagen.

Der Stadtrat hat auf Antrag der CDU-Fraktion in seiner Sitzung am 11. April beschlossen das Thema Klimaschutzkonzept zu vertagen. Am Ende der Legislaturperiode soll es ausdrücklich dem neuen Stadtrat überlassen sein, über ein neues Konzept zu beraten und zu beschließen. Die CDU wird sich an diesen Diskurs beteiligen und mahnt aber zugleich die echte Beteiligung der breiten Einwohnerschaft durch die Stadt an! Am Ende könnten auch die Einwohner Freibergs über ein entsprechendes Konzept durch einen Bürgerentscheid abstimmen.

Unser Ziel ist es, die Maßnahmen so zu gestalten, dass sie nicht in die Lebensrealität der Bürger eingreifen, den Wirtschaftsstandort nicht benachteiligen und für die Stadt und das Stadtklima nachhaltig sind.

Hierzu gehört die Wiederinbetriebnahme von Brunnen genau so zum Programm, wie das Aufforsten von Waldflächen und Ersatzpflanzungen an Straßenrändern zur Straßenverschattung. Unter den Vorgaben des

Denkmalschutzes ist es durchaus auch denkbar, die Dächer der Altstadt teilweise mit PV-Anlagen zu belegen, besonders mit PV-Dachsteinen, die dem Original sehr nahekommen.

Die jüngst ist die Diskussion über eine mögliche Ortsumgehung ist sehr erfreulich. Die Ortsumgehung ist, wie ein leistungsfähiger Autobahnzubringer auch, lebensnotwendig für den Wirtschaftsstandort Freiberg und seiner Region. Dabei ist es durchaus noch zu diskutieren, ob in besonderen naturnahen Teilen der geplanten Trasse etwa über eine teilweise Untertunnelung nachgedacht werden sollte.

Eine solche Baumaßnahme ist von Gesetzeswegen immer mit der Herstellung von Ersatzmaßnahmen verbunden. Die allgemeine Behauptung der kaum spürbaren Entlastung des Freiburger Innenstadtverkehrs durch die Umgehungsstraße ist falsch, da nachgewiesenermaßen der Quell- und Senkverkehr – insbesondere des Güterlastverkehrs – sich am Rande oder außerhalb der Stadt abspielt. Demzufolge würde sich der Verkehr erheblich vermindern, innerstädtische Straßen können teilweise als Radweg genutzt oder auch – wo möglich – zurückgebaut werden.

Die Fußgänger zu schützen und den Radverkehr zu stärken ist Bestandteil unseres Wahlprogramms. Dazu gibt es eine Reihe von Ideen.